

„Koexistenz ist unmöglich“

Seit sieben Jahren verunreinigt der GVO-Anbau biologisch und konventionell angebauten Mais: Eine Untersuchung der Gentechnik-Hochburgen Spaniens.

Autoren:

Jordi Cipriano, Assemblea Pagesa de Catalunya

Juan-Felipe Carrasco, Greenpeace

Marc Arbós, Assemblea Pagesa de Catalunya

I. EINFÜHRUNG

1998 wurde in Spanien die erste gentechnisch veränderte Maissorte zugelassen: der Bt-176-Mais von Ciba Geigy (heute Syngenta). Mittlerweile sind dort zahlreiche weitere gentechnisch veränderte Maissorten der Linien Bt 176 und MON 810 zugelassen. Bis 2005 war Spanien das einzige Land in der EU, in dem ein großflächiger Anbau von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) stattfand.



Im März 2004 übernahm die sozialdemokratische Regierung unter Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero die Macht in Spanien. Die neue Regierung versprach, dass es Regeln geben würde, die es der konventionellen und ökologischen Landwirtschaft ermöglichen sollten, trotz des wachsenden Drucks durch die Gentechnik-Konzerne zu überleben. Diese Regeln sollten auch das Grundrecht der KonsumentInnen auf freie Lebensmittelwahl gewährleisten und die Umweltauswirkungen gentechnisch veränderter Nutzpflanzen so gering wie möglich halten. Obwohl sich Spanien unter Zapatero in EU-Abstimmungen teilweise gegen Gentechnik ausgesprochen hat, ist der Anbau transgener Maissorten, deren Sicherheit nicht garantiert werden kann, weiterhin erlaubt. Außerdem sind seit dem Regierungswechsel 14 neue Sorten zugelassen worden.

Der vorliegende Lagebericht über den Anbau von gentechnisch veränderten Kulturpflanzen auf spanischem Boden legt Zeugnis ab von der Unmöglichkeit einer „Koexistenz“ von gentechnikfreien und gentechnik-nutzenden Produktionsformen in der Landwirtschaft. Er ist das Ergebnis umfassender Feld- und Laboruntersuchungen, die im Zeitraum von Juli 2005 und Februar 2006 in den Autonomen Regionen Katalonien und Aragonien durchgeführt wurden. Dabei wurden dutzende Interviews mit betroffenen Bauern, Genossenschaftsleitern, Behörden und Experten geführt und zahlreiche Proben von Maispflanzen untersucht. Alles deutet klar darauf hin, dass von Seiten der spanischen Regierung noch keine geeigneten Maßnahmen zur Trennung und Kontrolle gentechnikhaltiger und gentechnikfreier Produkte getroffen wurden.

II. DIE AUSWEITUNG DER GENTECHNIK-ANBAUFLÄCHE

Aragonien: Europas Spitzenreiter im Gentechnik-Anbau

Seit 1998 steigt die Anbaufläche von gentechnisch veränderten Maispflanzen in Spanien stetig an. Sowohl innerhalb Europas als auch in Spanien selbst hat die Autonome Region Aragonien in Nord-Ost-Spanien hier mit Abstand die Führung inne. Inoffiziellen Schätzungen zufolge betrug dort die Gentechnik-Anbaufläche 30.000 bis 40.000 Hektar. Das sind rund 50% der gesamten Mais-Anbaufläche des Landes. In Gegenden, wo besonders viel Mais angebaut wird, beträgt der Anteil an Gentechnik-Mais sogar über 80%.

An zweiter Stelle steht die Autonome Region Katalonien: 2005 wurde Gentechnik-Mais dort auf 17.170 Hektar angebaut. Der Anteil von gentechnisch veränderten Maispflanzen an der gesamten Anbaufläche betrug 42%, in Maisanbaugebieten waren es sogar bis zu 60%

TABELLE: Spaniens Anbaufläche von gentechnisch verändertem Mais in Hektar.

1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
22.468	25.072	26.964	11.598	20.992	32.248	58.200 – 60.000	50.000 – 57.000

III. Gentechnische Kontaminierung

Bekannt gewordene Fälle und Analyseergebnisse

Im Zeitraum von Juli bis Dezember 2005 wurden in Katalonien und Aragonien umfangreiche Felduntersuchungen durchgeführt. Dabei wurden die Maispflanzen von etwa 40 konventionell und biologisch wirtschaftenden Bauern auf gentechnische Verunreinigungen getestet. Insgesamt wurden sieben Kontaminierungsfälle bestätigt. Die Laboranalysen ergaben Verunreinigungen mit beiden gentechnisch veränderten Maislinien, die in Spanien zulassen sind: MON 810 und Bt 176. Auch lokale Maissorten waren betroffen. Der Prozentsatz der Kontamination bewegte sich zwischen 0,07% und 12,6%. Den Rekord mit 12,6% hält ein Biobauer aus Girona, der Folgendes berichtet:

„Meine Ernte war für eine biologische Hühnerzuchtfarm im Dorf Solsona bestimmt. Trotz des enormen finanziellen Verlustes, der damit einhergeht, weigere ich mich, diesen Mais als konventionell zu vermarkten, weil ich auf keinen Fall möchte, dass dieses kontaminierte Material sich weiter in der Umwelt ausbreitet.“

Drei weitere Fälle wurden von der aragonischen Prüf- und Zertifizierungsstelle für biologische Agrarprodukte CAAE gemeldet, die im besagten Zeitraum die Felder und Getreidespeicher von Biobauern eigenständig auf gentechnische Kontaminierung testen ließ. Auch hier sind die Ergebnisse alarmierend: 50% der Proben waren mit Prozentsätzen von 0,03% bis 1,9% gentechnisch verunreinigt. Die betroffenen Erzeugnisse mussten von der Vermarktung als Bio-Produkte ausgeschlossen werden.

IV. Kaum Kontrollen bei experimentellen Freisetzung

Spanien ist nicht nur das Land in Europa, in dem die größte Menge an gentechnisch verändertem Mais kommerziell angebaut wird. Auch wenn es um Gentechnik-Versuchsfelder

geht, liegt der Mittelmeerstaat in Führung: Im Zeitraum von 1993 bis 2005 wurden über 300 experimentelle Freisetzungen behördlich gemeldet¹. Die meisten dieser Versuche werden in Katalonien durchgeführt. 2005 entfielen bereits 83% von den in Gesamtspanien bewilligten Feldern mit experimentellen Freisetzungen auf diese Region. Bei der überwiegenden Anzahl dieser Versuche werden weder Sicherheitsvorkehrungen getroffen noch Kontrollmechanismen veranlasst. Es folgt eine kurze Auflistung der wichtigsten Versäumnisse:

- Die Versuchsfelder werden nicht von den menschlichen Siedlungen und kommerziellen Feldern in der näheren Umgebung isoliert, obwohl die getesteten Konstrukte zumeist nicht für den kommerziellen Anbau zugelassen sind.
- Die empfohlenen Sicherheitsabstände werden nicht eingehalten.
- Es ist nicht klar, wer die Genehmigungen für diese Versuche erteilt.
- Es gibt Versuchsfelder, für die keine Genehmigung vorliegt.
- Es ist eine Reihe von Fällen bekannt, bei auf einer Versuchsanlage Konstrukte, die für kommerzielle Anwendungen zugelassen werden, gemeinsam mit nicht zugelassenen GVO angebaut werden.
- Mitunter werden Versuchsfelder fälschlicherweise als „Demonstrationsfelder“ bezeichnet, um ihren Zweck bewusst zu verschleiern.
- Die Felder sind nicht ordnungsgemäß gekennzeichnet.
- In den meisten Fällen ist es nicht möglich, Informationen über diese Versuche zu erhalten.

V. FAZIT: KOEXISTENZ IST UNMÖGLICH

Alle in diesem Bericht wiedergegebenen Informationen führen zu dem eindeutigen Ergebnis, dass eine „Koexistenz“ von Anbauformen mit und ohne Gentechnik nicht möglich ist. Damit bestätigt sich das, wovon nicht nur der Katalanische Bauernverband APC, Greenpeace und die spanische Anti-GVO-Bewegung „Plataforma Transgènics Fora!“, sondern auch die überwiegende Mehrheit der Organisationen im Bereich Umweltschutz und Landwirtschaft seit Jahren zu überzeugen versuchen: Die Kontrolle und Überwachung der GVO vom Labor bis zum Teller ist nicht effizient genug und in vielen Fällen nicht existent. Das System der Trennung, Rückverfolgbarkeit und Kennzeichnung funktioniert nicht.

Es gibt keine unabhängigen Stellen zur Untersuchung von gentechnischen Verunreinigungen, illegalem kommerziellen und experimentellen Anbau, behördlichen Unregelmäßigkeiten sowie negativen Auswirkungen gentechnisch veränderter Pflanzen. Die wirtschaftlichen Kosten der Verunreinigungen und anderer mit GVO in Zusammenhang stehender Probleme sind hoch und müssen von den Betroffenen selbst aufgebracht werden. Die sozialen, ökologischen und gesundheitlichen Konsequenzen sind möglicherweise gewaltig. Diese Folgen resultieren zum einen aus den direkten Schäden, die durch gentechnische Verfahren verursacht werden, und zum anderen aus der Tatsache, dass der größte Teil der zur Verfügung stehenden Mittel bisher in die biotechnologische Industrie geflossen und echte, nachhaltige Lösungen in der Land- und Lebensmittelwirtschaft auf der Strecke geblieben sind.

Aufgrund der gewaltigen Kosten, welche die erforderlichen umfassenden Analysen und rigorosen behördlichen Kontrollen verschlingen würden, ist Gentechnik eine sozial, ökologisch und wirtschaftlich nicht tragbare Technologie. Durch die fehlende Transparenz gelangen die meisten Gentechnik-Skandale niemals an die Öffentlichkeit. Zugleich wird

¹ Es gilt zu beachten, dass eine einzige Meldung ausreicht, um eine gentechnisch veränderte Pflanze an verschiedenen Standorten testen zu dürfen. Demzufolge dürfte die Anzahl der eigentlichen Versuchsfelder weitaus höher sein.

unsere Gesellschaft einem gewaltigen Propaganda-Apparat ausgesetzt, der nicht müde wird, die vermeintlichen Vorteile der Gentechnik hervorzuheben. Erklärtes Ziel der Gentechnik-Konzerne ist es, durch den bewussten Verzicht auf realistische und differenzierte Informationen die Agrarmärkte weltweit noch stärker zu kontrollieren.

Die Gentechnik-Industrie kann großen Einfluss auf die Politik ausüben und die Regierungsverantwortlichen dazu bringen, ihre Interessen über die der Umwelt und der Bevölkerung zu stellen.

Die Regierungen können weder den illegalen Anbau und Verkauf noch die Nicht-Einhaltung der geltenden Vorschriften im Zusammenhang mit GVO verhindern.

Es gibt keine lückenlosen Kontrollen und unfehlbaren Systeme. Menschliches oder technisches Versagen kann nie ausgeschlossen werden. Deshalb ist es in der Praxis nicht möglich, der gentechnischen Verunreinigung von Pflanzen und Produkten vorzubeugen.

VI. FORDERUNGEN

Aus diesen Gründen fordern der Katalanische Bauernverband *Assemblea Pagesa de Catalunya*, Greenpeace and die spanische Anti-GVO-Bewegung *Plataforma Transgènics Fora!* :

- **Alle in Spanien erteilten Zulassungen für den Anbau von GMO müssen sofort aufgehoben werden, da es keine angemessenen technischen und rechtlichen Rahmenbedingungen gibt, die einen sicheren und kontrollierten Anbau dieser Kulturarten ermöglichen.**
- **Folglich müssen alle bislang von den Autonomen Regierungen erteilten Anbaugenehmigungen annulliert und experimentelle Freisetzungen verboten werden;**
- **Jeder Versuch, Dekrete oder Königliche Dekrete zur „Koexistenz“ zu erlassen, muss abgebrochen werden.**
- **Die spanische Agrarpolitik muss neu ausgerichtet werden, um eine absolut gentechnikfreie Produktion zu gewährleisten und die Wahlfreiheit für VerbraucherInnen und Agrarproduzenten sicherzustellen. Die Wahlfreiheit darf nicht durch die Interessen der Gentechnik-Industrie und ihrer Konzerne gefährdet werden.**
- **Es muss eine unabhängige Kommission geschaffen werden, welche die durch GVO entstandenen ökologischen, sozialen und gesundheitlichen Schäden rigoros und konsequent untersucht und auf transparente Weise bearbeitet sowie angemessene Sanktionen für die Verursacher einfordert.**
- **Die Hersteller von GVO und die Inhaber von GVO-Patenten müssen für die Kontaminierung und andere Schäden haften, außer sie können den Nachweis erbringen, dass der Schaden auf den Fehler oder die Fahrlässigkeit einer anderen Partei zurückzuführen ist.**